

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/101

Bonn, den 4. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Ein gefährlicher Weg 71

Die Sicherheit der Bundesrepublik und die Unionsparteien
Von Karl Wienand, MdB,
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

3 Gleiche Wellenlänge 41

Gemeinschaft CDU-MdB-Marx und ZDF-Löwenthal

4 CDU/CSU aus dem Tritt geraten 33

Zur zweiten Lesung des Bundeshaushaltes

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kurz notiert

Spekulation auf das schlechte Wähler-Gedächtnis
Zu den Wahlmanövern der CDU in Sachen Wohnungsbau

Ein gefährlicher Weg

Die Sicherheit der Bundesrepublik und die Unionsparteien

Von Karl Wienand, MdB,

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die Debatte über das von der Bundesregierung vorgelegte Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr im Jahre 1970 war erneut ein Beispiel dafür, in welcher Weise die CSU und die CDU mit Unterstellungen, Verketzungen und Verdrehungen arbeiten, in der Absicht, der deutschen Bevölkerung ein Bild von der SPD vorzumalen, wie es in Wirklichkeit nicht besteht. Besonders Herr Dr. Zimmermann, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, betätigte sich als Axt im Hause. In einer sorgfältig vorbereiteten und nicht ohne Zynismus abgelesenen Rede verstieg er sich zu dem Vorwurf, die derzeitige hauptsächlich von der SPD getragene Bundesregierung vernachlässige die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Es zeigte sich am Dienstag im Plenum des Deutschen Bundestages, daß es die Unionsparteien nach wie vor verstehen, auf alten Platten und in alten Töpfen zu kochen. Je nach Thema wechseln sie lediglich die Zutaten. Die Aussprache bewies, daß die Opposition nicht allein die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesregierung angreift. Die wehrpolitischen Sprecher der Union haben gleichzeitig zu erkennen gegeben, daß sie sich von den gemeinsamen politischen und militärischen Zielvorstellungen des westlichen Bündnisses isolieren. Durch eigenartige Drehungen und Wendungen versuchten die Herren Zimmermann, Klepsch und andere, auf der einen Seite bestimmte Passagen der römischen Erklärung des Bündnisses für sich zu okkupieren und auf der anderen Seite den Anschein zu erwecken, als ob die in Rom erreichte Übereinstimmung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik mit der Politik der Verbündeten nicht vorhanden gewesen wäre. Die Haltung der Unionsparteien führt dazu, daß auch ihnen früher wohlwollend gegenüberstehende Kreise in den westlichen Hauptstädten kopfschüttelnd den Marsch der deutscher Konservativen in die Reaktion beobachten.

Die deutschen Verteidigungsanstrengungen sind gemeinsam mit denen unserer Verbündeten ausreichend, um im Ernstfall einer gegnerischen Aggression widerstehen zu können. Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt hat dies sowohl im Weißbuch als auch in seinen beiden Beiträgen im Verlauf der Debatte noch einmal klar gesagt. Helmut Schmidt hat

außerdem, und dies mit der nachdrücklichen Billigung der SPD-Bundestagsfraktion, keinen Zweifel daran gelassen, daß die Bundesrepublik die für ihre äußere Sicherheit erforderlichen Maßnahmen auch in den kommenden Jahren uneingeschränkt einleiten und durchführen wird. Auch Bundeskanzler Willy Brandt hat gerade diese notwendige Komponente unserer Sicherheits- und Außenpolitik in seinem Beitrag hervorgehoben.

Für die CSU/CDU scheint es besonders schmerzlich zu sein, daß sich Helmut Schmidt nicht der Tradition eines Franz Josef Strauß verpflichtet fühlt. Das ist verständlich, denn bei aller Schärfe, die auch dem derzeitigen Verteidigungsminister zu eigen ist, fehlt ihm doch jene bayrische Großmüligkeit, die früher oft die Absichten unserer Sicherheitspolitik dubios erscheinen ließ und eine Fülle von Unsicherheiten in die Bundeswehr hereinbrachte, mit denen die Truppe noch heute zu kämpfen hat. Ich gebe zu, daß es für die Opposition schwierig ist zu begreifen, daß wir uns heute gerade in der Sicherheitspolitik von der Phrasendrescherei befreit haben. Die neue Sachlichkeit hat auch auf diesem Gebiet Einzug gehalten. Der Stilwandel wird besonders von den unmittelbar betroffenen Soldaten der Bundeswehr erkannt und begrüßt.

Herr Dr. Zimmermann spielte sich als Wachhund des westlichen Bündnisses auf. Er unterstellt nicht nur, daß die Bundesregierung unsere Sicherheit vernachlässige, er malt auch in düsteren Farben eine Zukunft aus, in der die NATO insgesamt sich immer weiter vom Zustand des Gleichgewichts entferne. Man fragt sich, was solche Argumente sollen. Auf jeden Fall sind sie dazu geeignet, nach bewährtem Muster Angstgefühle in der deutschen Bevölkerung zu wecken und so zu tun, als ob die Zeit der "Politik der Stärke" eine gute alte Zeit gewesen sei. Es ist nur zu hoffen, daß die Unionsparteien angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen wahltaktische Manöver vorführten und nach dem 14. Juni schnell wieder vergessen, was sie sich jetzt haben einfallen lassen. Wir würden sonst in der deutschen Bevölkerung nicht zu einer Polarisierung der Argumente, wohl aber zu einer Polarisierung der Emotionen kommen. Kein Gebiet ist aber weniger geeignet, mit aufgeputschten Gefühlen und hochgejubelten Stimmungen bearbeitet zu werden als das aus verschiedenen Gründen ungeheuer komplizierte Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Opposition geht einen gefährlichen Weg. In ihrer Sucht, sich von der Politik der SPD/FDP-Koalition abzuheben, stolpert sie zunehmend in eine reaktionäre Attitüde hinein. Wenn sie so weiter macht, kann dadurch die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet werden.

Gleiche Wellenlänge

Gemeinschaft CDU-MdB-Marx und ZDF-Löwenthal

sp - Das Forum des einen ist der Deutsche Bundestag, der andere agiert und agitiert auf Fernsehkanälen. Gemeinsam ist ihnen die politische Wellenlänge. Wir meinen den Unions-Rechtsaußen mit dem trügerischen Namen Dr. Werner Marx und den Allein-Moderator des ZDF-Magazins Gerhard Löwenthal. Aktueller Anlaß ist die Fragestunde des Bundestages vom Mittwoch dieser Woche, in der der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Karl Herold, Fragen von Unions-Abgeordneten beantwortete. Thema: Meldungen eines illustrierten Blattes über die Erfassung von Vermögen mitteldeutscher Flüchtlinge durch die DDR-Behörden. Ein ganz natürlicher Vorgang, sollte man auf den ersten Blick meinen:

Der Eindruck täuscht. Denn man muß wissen, daß vor Marx bereits die Unions-Abgeordneten Reddemann und Breidbach je zwei Fragen zu diesem Thema an die Bundesregierung gerichtet hatten, die in der Fragestunde des Freitags beantwortet werden sollten. Da wären Löwenthals Schotten schon dicht gewesen.

Es ist nicht mehr viel Zeit bis zum 14. Juni, an dem, was Löwenthal sicher völlig außer acht gelassen hat, in einigen Bundesländern neue Landtage gewählt werden. Wie konnte die Union trotzdem schon am Mittwoch bei und mit Löwenthal in die deutschen Fernsehstuben kommen? Marx stellte zwei zusätzliche Fragen, die sinngemäß und fast gleichlautend dem Auskunftserheischen seiner Parteifreunde entsprachen. Er hängte ihnen das Etikett "dringlich" an und so mußte der Staatssekretär bereits am Mittwoch früh als von Löwenthal am Abend mit allerlei Unfreundlichkeiten bedachter unfreiwilliger Gast für das Magazin auftreten. Löwenthal präsentierte auch noch einen unlängst geflohenen Kreisverwaltungs-Funktionär aus der DDR, der Schrecken unter die mitteldeutschen Flüchtlinge zu bringen versuchte mit der düsteren Prophezeiung, daß DDR-Gerichte eines Tages die Hand nach ihrem Vermögen ausstrecken könnten.

Marx freilich ist Löwenthals Schützenhilfe noch nicht genug. Wie er verbreiten ließ, will er das Thema durch "eine erneute parlamentarische Intervention" am Kochen halten. Vor allem will er wissen, ob die Bundesregierung bereit ist, "die eingeleiteten Gespräche ... zur Klärung dieser Probleme zu nutzen". Ginge es Marx um eine sachliche, nicht von Wahlkampf belastete Diskussion, dann hätte er noch im Ohr, was gerade dazu Staatssekretär Herold in der Fragestunde ausführte: "Selbstverständlich wird, wenn die Gespräche in die Details gehen, auch diese Frage eine entscheidende Rolle mitspielen."

+ + +

CDU/CSU aus dem Tritt geraten

Zur zweiten Lesung des Bundeshaushaltes

sp - Die Debatte über die zweite Lesung des Bundeshaushaltes offenbarte eine Opposition, die völlig aus dem Tritt geraten ist. In fast allen Reden der CDU/CSU-Sprecher klangen noch die Wut, der Zorn und die Enttäuschung darüber mit, nun auf den Bänken der Opposition sitzen zu müssen. Die Unionsparteien werden lange brauchen, um ihr verlorenes Gleichgewicht wiederzufinden. Da liegt noch eine weite Wegstrecke vor ihnen. Es kam im Bundestag zu recht unerfreulichen Szenen. Die Opposition, zerrissen von inneren Widersprüchen, tat so, als ob es in unserer Wirtschaft drunter und drüber ginge, Stabilität und Wachstum in höchster Gefahr seien und der Sparer um sein sauer verdientes Geld käme.

Das Geschwätz über eine drohende Inflation ist verantwortungslos und gefährlich, aber wohl gezielt - es soll die Bevölkerung mit Furcht erfüllen und Erinnerungen an vergangene, schreckliche Zeiten erwecken. Man kann auch Preise hochreden. Das grenzt schon an Gewissenlosigkeit. Doch die Unionsparteien wissen schon, was sie tun. Sie haben ihren Blick auf den 14. Juni gerichtet, den Tag der Landtagswahlen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Unterschätzen die Unionsparteien aber nicht doch die Urteilskraft- und das Urteilsvermögen mündiger Bürger? Glauben sie, mit unterschwelligem Unterstellungen und mit ketzerischem Stil den Wähler für sich gewinnen zu können? Was soll das böse Wort von den Verzichtspolitikern, was soll bewirkt werden, wenn der infame Vorwurf gegen die Bundesregierung erhoben wird, sie sei bereit, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes preiszugeben?

Die Unionsparteien haben den Boden unter ihren Füßen verloren, sie scheuen sachliche Auseinandersetzungen und weichen ihnen aus. Statt dessen betreiben sie Panikmache. Unser Volk kann sich dazu beglückwünschen, daß die CDU/CSU nicht mehr die Richtung der Politik bestimmt. Die Unionsparteien, denen geschichtliche Verdienste nicht abzusprechen sind, sind richtungslos geworden. Sie müssen sich einem langen Prozeß der Mauserung unterwerfen, ehe sie wieder als eine dem Gemeinwohl dienende politische Kraft ernst genommen werden können.